



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24031 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIII/168 - 29. Juli 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Industrie kontra Bundesminister Von Fritz Heine	44
1 a	Der französische Außenminister in Bonn Frankreich der Sprecher Europas?	48
2	Zypern - eine bange Frage Flasko der Befriedungsaktion	35
3 - 4	Der Abwehrkampf der Klein- und Mittelbetriebe Zur Mittelstandspolitik des BDI	65
5 - 6	Zehn Jahre Georg-von-Vollmar-Schule. Von Waldemar von Knoeringen Stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD	86

* * * * *
* * * *

Industrie kontra Bundesminister

Von Fritz Heine

Kleiner Ehekrach zwischen Industrie und Bundesminister!
Der Postminister hat entschieden: Werkzeitschriften dürfen nicht mehr im billigen Postzeitungsdienst versandt werden, sondern im normalen, teureren.

Begründung des Postministers: Werkzeitschriften dienen geschäftlichen Zwecken der Firma, auch wenn sie an die Werksangehörigen versandt werden.

Die Industrie erwidert sich: Die Bundespost verkenne den Zweck der Werkzeitschriften. Eine Bundesbehörde zerstöre damit, was eine andere Bundesbehörde "mit grossem Aufwand" wirkungsvoll unterstützt.

Diese andere Bundesbehörde ist das Bundespressamt, das die Werkzeitschriften "ideell und materiell in jeder Weise fördert". Seit wann, darf der Bundesbürger fragen, und mit welchem Recht werden meine Steuergelder für die geschäftlichen Propagandazwecke von 500 Grossbetrieben verwendet?

Herr von Eckardt hat in der 25. Plenarsitzung des deutschen Bundestages die Aufgaben seines Amtes aufgezählt. Keine der von ihm genannten Arbeiten des Bundespressamtes sieht die Finanzierung von geschäftlichen Tätigkeiten der Grossindustrie vor. Hat Herr von Eckardt etwa nicht die Wahrheit gesagt? Als Zeugen gegen ihn haben wir den Bundespostminister und die Industrie.

Dieser Hauskrach zwischen Industrie und Bundesminister ist kaum mehr als eine Episode im grossen Geschehen der Politik unserer Tage. Man wird sich - so oder so - verständigen. Es ist wie mit dem Rabbi und dem Mönch...

Aber dieser Vorfall rührt an zwei wesentliche Probleme dieser Adenauer-Demokratie:

An den schon gewohnheitsmässigen und in diesem typischen Fall erneut publik gewordenen Missbrauch, den diese Regierung mit dem Geld des steuerzahlenden Staatsbürgers treibt. Was geschähe wohl dem Privatmann, täte er das Gleiche?

Und das zweite, noch bedeutsamere:

Die Mehrzahl dieser Werkzeitschriften - von rühmlichen Ausnahmen abgesehen - sind ihrer Zweckbestimmung nach unfreie, ausgehaltene Propagandaschriften für die Interessen einer kleinen Schicht, gegen die Interessen der Mehrheit dieser Nation. Auch sie, zu ihrem Teil, sind im Wesen demokratiefeindlich und ein Hamnis für die freie Meinungsbildung, eine der Grundvoraussetzungen für die Erhaltung der Freiheit.

Noch haben wir in allen Ecken dieser Bundesrepublik freie, meinungsfreudige Zeitungen und Zeitschriften, die die Gleichschaltung nicht mitgemacht haben. Sie zu lesen und sich bewusst zu sein, dass dieser freie Teil der deutschen Presse ein Medium des immerwährenden Kampfes um die Freiheit des Einzelnen ist - - auch das ist Recht und Pflicht des Bürgers.

+ + +

Der französische Außenminister in Bonn

sp - Es ist kein Geheimnis; zwischen den Westmächten bestehen nicht mehr zu übersehende Meinungsverschiedenheiten, deren Nutzniesser die Sowjetunion ist. Sind Washington, London und Paris dabei, Chruschtschow die Schiedsrichterrolle zu überlassen?

Nur mit innerem Widerstreben konnten sich die Vereinigten Staaten mit dem Gedanken einer Gipfelkonferenz befreunden. Washington findet es immer schwerer, die Heerschar seiner verlässlichen Freunde zusammenzuhalten. Grossbritannien folgte zwar den Vereinigten Staaten in ihrer Militärintervention im Vorderen Orient, aber es ist offensichtlich heute bestrebt, dieses Abenteuer zu liquidieren, und es kann es nur liquidieren, wenn es gelingt, mit den Kräften des arabischen Nationalismus und auch mit der Sowjetunion, deren Mitspracherecht nicht mehr zu umgehen ist, irgendwie zu einem Agreement zu gelangen. Von Grossbritannien erfolgte der Druck auf ein zögerndes Washington, doch noch einer Gipfelkonferenz zuzustimmen; die Vereinigten Staaten mögen ihre Zusage bereuen, aber um deren Erfüllung kommen sie nicht mehr herum. Ihre Taktik kann nur noch hinhaltender Natur sein.

Die Stellung Frankreichs weist viele Schattierungen auf. Sie lässt sich nicht auf einen Nenner reduzieren. De Gaulle versucht, der kommenden Gipfelkonferenz seine eigenen persönlichen Züge aufzuzugrenzen. Das geschah schon damit, dass er diese Konferenz ausschhalb des Rahmens der Vereinten Nationen verlegen will, womit er bei Chruschtschow ein williges Ohr gefunden hat. De Gaulle befürchtet bei einer Begegnung auf dem Boden der Vereinten Nationen ein diplomatisches Palaver, gemengt mit heftigen Propagandaschlächten, bei denen nicht viel herauskommt. Er möchte das Treffen in Genua oder anderswo in Europa haben, um sich zum Sprecher und Anwalt Kontinentaleuropas aufzuschwingen.

Dazu braucht de Gaulle Bundesgenossen. Sein Außenminister Couve de Murville hat in Rom keinen gefunden - wird er ihn in Bonn finden? Der französische Staatschef berief sich auf die Solidarität der EWG-Länder, eine Berufung, die man von de Gaulle, dessen Denken um die Wiederherstellung Frankreichs als eine der führenden Weltmächte - welch unerreichbares Ziel! - kreist, wohl kaum erwartet hätte. Die Mission Murvilles, hinter der der leidenschaftliche Wille steht, das französische Gewicht bei den kommenden Ost-West-Verhandlungen, und damit verbunden bei der Formulierung einer Nahost-Politik des Westens voll zur Geltung zu bringen, stellt die Außenpolitik Bonn vor ein Dilemma. Es hat zu wählen zwischen der Solidarität mit Paris und der gerade durch den Dulles-Besuch erneut bekräftigten bedingungslosen Gemeinsamkeit mit allen Unberechenbarkeiten der Washingtoner Politik. Frankreichs Beziehungen zur arabischen Welt - man denke nur an den Krieg in Algerien, der trotz de Gaulle in grausamer Härte weitergeht - sind ohne schweren Belastungen unterworfen. Das offizielle Bonn steht vor der Notwendigkeit, seine Stellung im Nahost-Konflikt neu zu überdenken, will es nicht in Verstrickungen und Gegensätze hineingezogen werden, mit denen wir als Deutsche ohnehin nichts zu tun haben sollten.

Zypern - eine bange Frage

H.E.B. Der Bürgerkrieg auf Zypern geht weiter. Die Bemühungen des britischen Gouverneurs, Sir Hugh Foot, um eine Beilegung der inneren Auseinandersetzungen zwischen dem griechischen und türkischen Bevölkerungsteil sind gescheitert. Weder die Eoka unter Oberst Grivas noch die türkische Untergrundbewegung haben die Appelle der britischen Zivilverwaltung angenommen. Nun sprechen wieder die Waffen, und britische Truppen unternahmen zur Stunde eine der größten Säuberungsaktionen in der blutigen und unruhigen Geschichte der Insel. Aber kein Mensch auf Zypern glaubt, daß selbst eine militärische Kraftanstrengung der Briten die politischen Probleme zu lösen vermag. Auf der anderen Seite aber scheinen die psychologischen Anstrengungen der Regierungen in Athen und Ankara ebenso wenig geeignet zu sein, eine Befriedung herbeizuführen.

Die Lösung der Griechen lautet, entkleidet ihres vordergründigen diplomatischen Mäntelchens, schlicht und einfach: Anschluß an das "Mutterland". Die Türken setzen dagegen ihre Forderung nach Teilung. Und die Briten? Sie versuchen abzuwarten, bis vielleicht einmal die Stunde schlägt, in der beide kämpfende Gruppen, des andauernden Gemetzels müde, sich dem salomonischen Zypernplan Londons unterwerfen. Es besteht kein Zweifel, daß diese Haltung, so klar sie von britischer Seite auch immer erscheinen mag, die Probleme nur verschiebt, nicht aber anpackt.

Innerhalb der beiden zypriotischen Bevölkerungsteile sind außerdem Gruppen an der Arbeit, die die Spannungen eher erhöhen als mindern. Es gibt auch Anzeichen dafür, daß die Haßstimmung der Türken gegen die Griechen mehr in den beiden "Heimatländern" denn auf der Insel selbst erzeugt werden. In einigen Kreisen in London wird seit geraumer Zeit die Frage diskutiert, ob es nicht besser wäre, die Insel durch eine einseitige Handlung der britischen Regierung aus dem Verantwortungsbereich Londons zu entlassen, und die Türken und Griechen auf Zypern sich selbst zu überlassen. Diese Lösung wäre an sich nicht ganz so unvernuftig, wenn nicht gewichtige historische Beispiele dem entgegenstünden. Man denke hier an die Aufgabe des Palästina-Mandats durch die Briten und die daraus resultierenden Folgen. So scheint es jedenfalls für die nahe Zukunft für Zypern keine Lösung zu geben, es sei denn Griechenland und die Türkei würden einer Lösung gemeinsam zustimmen. Das aber steht zur Stunde außer jeder Debatte. Der Kampf geht weiter und Zypern bleibt eine bange Frage.

Der Abwehrkampf der Klein- und Mittelbetriebe

Hr. Fritz Berg, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, hat kürzlich wieder die "Mittelstandspolitik des BDI" gegriessen. Sein Vorstand vertrete wie jeder seiner 38 Mitgliedsverbände die Belange sowohl der großen als auch der mittleren und kleinen Unternehmer. Es sei das Bestreben des BDI, daß es zu keinen "besonderen Gruppierungen" innerhalb der Industrie komme. Große und kleine Betriebe seien gleich bedeutend für die deutsche Wirtschaft und unbedingt notwendig. Berg richtete an alle die "sehr ernste Mahnung zur Einigkeit und zu Einheit".

Vor den "besonderen Gruppierungen" hat Berg die meiste Angst. Er weiß, daß diese Fronten zwangsläufig durch den Abwehrkampf entstehen, in welchem die Großfirmen die Masse der kleineren Betriebe hineindrängen. Diese versuchen, dem Mühlrad der Kapitalkonzentration mit Hilfe einer "Mittelstandspolitik" in die Speichen zu fallen. Der BDI-Präsident wandte sich gegen die These, daß eine gute Mittelstandspolitik eine "schroffe Kampfansage" an die Konzerne einschließen müsse. Unsere dynamische Unternehmenswirtschaft lasse sich nicht in ein "gesetzliches Korsett" zwingen. Notwendig sei die Schaffung gleicher oder zumindest annähernd gleicher Wettbewerbsbedingungen für die kleinen, mittleren und großen Unternehmen.

Die Schaffung so idealer Wettbewerbsbedingungen dürfte nun allerdings in erheblich langsamerem Tempo vor sich gehen, als die Schaffung der Voraussetzungen für die Unternehmenskonzentration vor sich ging. Dafür werden die Vertreter der Großindustrie im Parlament schon sorgen. "Kaum eine Woche vergeht, in der nicht über Aktienaufkäufe dieser oder jener Interessengruppe, über den Erwerb von Minderheitspaketen, Schachtelbeteiligungen und qualifizierten Mehrheiten, über Verschmelzungen und den Abschluß von Organschaftsverträgen berichtet wird," schrieb kürzlich der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Hasch. Die "Organschaft" bedeutet, daß ein Unternehmen fest umrissene Aufgaben für eine Obergesellschaft übernimmt. Das eingegliederte Unternehmen bleibt formell selbständig, braucht für Verluste nicht aufzukommen, darf aber auch keine Gewinne erzielen. Umsätze zwischen einer Obergesellschaft und ihren Organ-Unternehmen bleiben umsatzsteuerfrei. So will es - seit

29. Juli 1958

April dieses Jahres - eine Bestimmung des Umsatzsteuerrechts, die der Konzernbildung und der Aufsaugung kleinerer Unternehmen Vorschub leistet.

Ein anderes Mittel im Kampf der "Großen" gegen die "Kleinen" ist die Preisbindung der zweiten Hand. Sie nimmt einen immer größeren Umfang an, obwohl längst feststeht, daß sie wettbewerbsfeindlich ist und dem öffentlichen Interesse widerspricht und obwohl durch erfolgreiche Außenseiter längst der Beweis erbracht wurde, daß sie eine Prämie für Untüchtigkeit ist. In den letzten Wochen ist ein regelrechter Sturm auf das Kartellamt losgebrochen, bei dem die westdeutsche Industrie nicht weniger als 200 000 Preisbindungen für Markenartikel angemeldet hat. Allein die Kraftfahrzeugindustrie meldet 80 000 Preisbindungsfälle für Ersatzteile. Sie diktiert also nicht nur die Autopreise, sondern auch die Reparaturpreise. Ganz abgesehen davon, daß der Letztverbraucher wieder einmal derjenige ist, den die Kunde heißen, binden die Großfirmen auf diese Weise auch eine Menge von Handels- und Reparaturfirmen.

Die "Preisbindungspsychose" ist ein Stück praktischer Wirtschaftspolitik. Die Großfirmen befürchten von "Konjunkturschwung" einen Abstieg ihrer überhöhten Preise. Sie wollen ihr Postpreissystem mit Hilfe der Preisbindung zementieren, um nachher wieder "die Löhne" für das hohe Preisniveau verantwortlich zu machen.

Welche Chancen die Klein- und Mittelbetriebe haben, die "Wettbewerbsgleichheit" herzustellen, zeigt die beinahe ulkig wirkende Form, in der sie ihrerseits versuchen, ihre Thesen zu propagieren. Die "Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmen" hat soeben auf ihrer Hauptversammlung in Wiesbaden zu einem Preisausschreiben aufgerufen. In jedem der drei nächsten Jahre wird das Thema "Verhinderung der Konzentrierung" zur Beantwortung gestellt. Ausgeworfen werden jedesmal ... 5000 DM! Man halte diese Summe nur einmal gegen die Wertekosten der Markenkonzerne!

+ + +

Zehn Jahre Georg-von-Vollmar-Schule

Von Waldemar von Knoeringen

Stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD

Zehn Jahre können in der raschlebigen Zeit kaum Anlass zu einer geschichtlichen Betrachtung sein. Zehn Jahre Georg-von-Vollmar-Schule in Kochel aber - Welch eine Fülle von Geschehen, geistiger Arbeit, menschlicher Begegnung, politischer Auseinandersetzung und schönen Erlebnissen.

Als wir im Jahre 1947 das ausgeplünderte, heruntergekommene und unter staatlicher Vermögensverwaltung stehende Gebäude über dem Kochelsee übernahmen, da wussten wir nicht, wie wir in der Zeit vor der Währungsreform den ersten Stuhl, das erste Bett beschaffen sollten. Mühsam war der Weg, bis am 25. Juli 1948 der erste Kursus stattfinden konnte. Unter primitivsten Verhältnissen, ohne finanzielle Zuschüsse, allein aus der Kraft der drei bayerischen Bezirke der SPD ist jene Schule entstanden, die seither in 150 Kursen, 90 Wochenendtagungen rund 9000 Schüler beherbergte. Etwa 30 Vortragende sind laufend an der Arbeit des Hauses beteiligt und zahlreiche in- und ausländische Gäste haben im Laufe der zehn Jahre die Schule besucht. Eine Fülle von Schwierigkeiten, nicht nur finanzieller Art, mussten gemeistert werden, um all das möglich zu machen.

Als am 3. Juli 1950 der Verein "Georg-von-Vollmar-Schule" gegründet wurde, konnte die weitere Arbeit auf feste Grundlagen gestellt werden. Der Verein kann heute mit Stolz feststellen, dass nicht nur das Gebäude und der umliegende Park in eigenen Besitz übergegangen sind, sondern dass auch die finanzielle Durchführung eines breitangelegten Bildungsprogramms möglich wurde. Überblicken wir die Fülle der Kurse und Tagungen, so können wir, ohne unbescheiden zu sein, feststellen, dass die Georg-von-Vollmar-Schule eine Kraftquelle politischer Bildung im besten Sinne des Wortes geworden ist. Neben den Kursen, die in die allgemeine Politik einführen, gab es viele Sonderkurse für Kommunalpolitik, Sozialpolitik, Frauen- und Jugendarbeit und Rednerschulung.

Aber nicht nur Schüler sind in Kochel zusammengekommen, auch Männer der Wissenschaft fanden dort eine Stätte der Begegnung. Konferenzen, die sich mit den Problemen unserer gesellschaftlichen Entwicklung befassten, haben in Kochel wichtige Erkenntnisse zutage gefördert, die sich nicht nur auf das politische Handeln der Sozialdemokratischen Partei, sondern auch auf das politische Leben des Landes ausgewirkt haben.

Kreisjugendringe, Volkshochschulgruppen, Europa-Bildungswerk und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker sowie andere Organisationen, die sich in dem friedlichen Kochel zu gemeinsamen Beratungen trafen, haben erheblich zur Klärung und zur geistigen Festigung der Teilnehmer beigetragen. Nicht zuletzt aber hat die Georg-von-Vollmar-Schule ihren Wert bewiesen durch die engen Bezie-

kungen, die sie zwischen Menschen verschiedenster Herkunft und verschiedener Nationalität geschaffen hat.

Die vielfach heute noch lebendigen Verbindungen ehemaliger Kochelschüler drücken sich auch im Kochel-Brief aus, der seit seiner ersten Nummer im Jahre 1950 in 90 Ausgaben und in einer Auflage von je 8000 Stück erschienen ist. In ihm spiegelt sich die geistige Leistung und die politische Bedeutung der Georg-von-Vollmar-Schule eindrucksvoll wider. Neben den sachlichen Arbeitsgrundlagen für die Kurse brachte der Kochel-Brief grundsätzliche Betrachtungen über den weitgesteckten Problembereich, der in der Schule zur Behandlung kommt.

Besucht man heute das ehemalige Schloss auf dem Aspenstein, geht man sinnend und rückblickend durch seine Räume, so muss der rückschauende Betrachter mit Verwunderung zur Kenntnis nehmen, welche Veränderungen im Gebäude selbst vor sich gegangen sind. Die grossen Schlafräume wurden in gemütliche Zimmer aufgeteilt, mit der Ausstattung der Aufenthaltsräume ist eine Atmosphäre der Gemütlichkeit eingezo-gen. Der Umbau des Lehrsaales zeigt den Willen zur ernster Arbeit, die dort geleistet wird. Ein besonderer Höhepunkt war der Bau des Gästehauses, der nicht nur für den Schulbetrieb eine grosse Erleichterung brachte, sondern auch den Schülern den Anwesenheit auf der Schule zu einer Erholung werden lässt. Der Erfolgsbericht der Georg-von-Vollmar-Schule spricht für sich, er zeigt aber auch, dass die Schule in der praktischen Arbeit jenen grossen Zielsetzungen gefolgt ist, die heute für unsere Zukunft und unser Schicksal als bestimmend betrachtet werden.

Die politische Bildung ist unser Schicksal; die Menschenbildung ist der Schlüssel zu einer neuen Menschheitskultur. Mag der Beitrag, den die Kochelschule dazu geleistet hat, gegenüber der gigantischen Aufgabe, die gestellt ist, nur ein winziger sein, ihr Wirken zeigt jedenfalls in die Richtung, in der der Weg nach aufwärts führt. Mag sich auch der Erfolg der Bemühungen nicht in materiellen Werten ausdrücken, wir sind überzeugt, dass der Samen, der in Kochel ausgestreut wurde, auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Wenn sich zum 10. Jahrestag die Freunde der Kochelschule zu einer kleinen Feier versammeln, so wissen sie, dass dort, an einem der schönsten Plätze unseres Alpenvorlandes, auf diesem alten Schloßchen mit Jahrhundertelanger Vergangenheit, im Angesicht der herrlichen Bergwelt und hoch über dem friedlich ruhenden See der Geist Georg von Vollmars zu neuem Leben erweckt wurde, und dass dieser Ort und dieser Geist dem grossen Gedanken dient, die Zukunft zu meistern und in einer verwirrenden Welt dem Menschen und seiner Freiheit zu dienen.

+ + +